

Bonner Sowjetdiplomats wird der Spionage verdächtigt

Botschaftsattaché Lewinow überraschend nach Moskau befohlen

Bonn (upi/dpa). Der Attaché der Sowjetischen Botschaft in Bonn, N. E. Lewinow, hat unter dem Verdacht der Spionage die Bundesrepublik überraschend verlassen. Die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik prüfen gegenwärtig den Bericht des ehemaligen Sowjetagenten Konstantin Kapustinski, der den Sowjetdiplomaten schwer belastet. Danach soll Lewinow als Kontaktmann der Sowjetspionage in der Bundesrepublik Spionageaufträge gegeben und diese entsprechend honoriert haben. Die Sowjetische Botschaft bezeichnete die Rückkehr des Attachés nach Moskau als routinemäßige Ablösung.

Lewinow war in einem Zeitungsbericht der Spionage bezichtigt worden. Die darin enthaltene Bloßstellung geht auf Kapustinski zurück, der zur Zeit in Eßlingen (Württemberg) als Flüchtling lebt und der sich kürzlich den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik gestellt hat. In dem Zeitungsbericht heißt es: Kapustinski sei als Soldat der Roten Armee zunächst zur Bespitzelung der deutschen Bevölkerung in der Sowjetzone, später als Agent im Bundesgebiet eingesetzt worden. Nach einjähriger Untergrundtätigkeit in Bayern habe er sich dem Zugriff der deutschen Abwehrbehörden durch die Flucht nach Ostberlin entziehen können. 1954 sei er in die Bundesrepublik zurückgekehrt, diesmal als Autoschlosser. Er sei aber 1956 gefaßt und von einem Münchener Gericht zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

„Kulturaustausch“

Als Kapustinski nach seiner Entlassung im Herbst 1959 an einer Straßenbahnhaltestelle in Eßlingen wartete, sei er von einem Unbekannten aufgefordert worden, sich beim stell-

vertretenden Direktor des in Stuttgart gastierenden ukrainischen Volkschors zu melden. Kapustinski sei dieser Aufforderung nachgekommen und habe in dem angeblichen Direktor seinen ehemaligen Spionagechef Oberst Tschernowoni gefunden, der im Rahmen des deutsch-sowjetischen Kulturabkommens in die Bundesrepublik gekommen war. Tschernowoni habe für 300 DM von Kapustinski einen Bericht über seine Betätigung in der Bundesrepublik und seine Verhaftung verlangt. Er habe dann den Be-

28 geheime Mikrophone

Washington (upi). Der ehemalige Gouverneur von New York, Harriman, wandte sich gegen die „Scheinheiligkeit“ des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in dem Flugzeugzwischenfall und berichtete, daß während seiner Botschafterzeit in Moskau 28 verborgene Mikrophone in der britischen Militärmission gefunden worden seien. Alle seien mit einer Telefonleitung verbunden gewesen, die über die Straße in ein sowjetisches Gebäude geführt habe,

sich eines Kontaktmannes angekündigt. Kurze Zeit später habe sich der Botschaftsattaché Lewinow als dieser Kontaktmann entpuppt.

Lewinow habe sich bei Kapustinski zunächst als Beauftragter eines Ausschusses eingeführt, der Russen die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Dann aber habe er Kapustinski einen größeren Geldbetrag übergeben und ihn mit neuen Spionageaufträgen nach Nürnberg geschickt.

SSD-Spitzel gefaßt

Direkt im Westberliner Polizeipräsidium saß ein Spitzel des SSD, der jetzt von der Politischen Polizei verhaftet werden konnte. Bei ihren Ermittlungen war die Polizei auf den 40jährigen Lagerarbeiter Willi I. gestoßen, der in der Zentralwerkstatt des Westberliner Polizeipräsidiums beschäftigt war. Bei den ersten Vernehmungen gab der 40jährige lediglich zu, Verbindung zum SSD gehabt und sich einmal mit einem Kontaktmann des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes getroffen zu haben. Vom SSD hatte er den Auftrag, Westberliner als Agenten zu werben.

In der Sperrzone

Zwei sowjetische Offiziere in Uniform suchten während der letzten beiden Tage in einem Auto verschiedene Landkreise unmittelbar an der deutsch-tschechischen Grenze auf, die zum Teil zum Sperrbezirk für Staatsangehörige der Ostblockstaaten erklärt sind.

Prüfen und handeln

K. W. B. Die große Frage: Wie soll es nach dem Debakel von Paris weitergehen, hat noch niemand beantwortet. Zwar haben jetzt die Hauptbeteiligten und Hauptbetroffenen gesprochen. Sie taten es vorsichtig. Es fällt schwer, aus dem, was Macmillan und nun auch Eisenhower als Bilanz der Katastrophe von Paris formulierten, so etwas wie einen Kurs zu erkennen. Nimmt man gar die Osterliner Rede von Chruschtschow als die sowjetische Deutung des Pariser Auseinanderlaufens, dann verstärkt sich eher der Eindruck, alle Parteien scheuten sich, eine Kursänderung oder gar einen Kurswechsel mit Namen zu nennen. Das Pariser Nachspiel im New-Yorker Sicherheitsrat freilich hat noch einmal alle Register des Ekklats gezogen; doch außer den Beschimpfungen, die Gromyko auf Eisenhower häufte, hat die New-Yorker Szene nicht jene politische General-Attacke auf Amerika gebracht, die man eigentlich nach dem vorangegangenen Spektakel hätte erwarten müssen. Auch die Aufrollung der Flugzeug-Affäre vor dem Forum der Vereinten Nationen hat den Vereinigten Staaten eine starke Phalanx befreundeter Verteidiger erbracht. Die New-Yorker Verhandlungen klagten eher die sowjetische Weigerung an, an einer gemeinsamen Kontrolle der Abrüstung teilzunehmen, als daß sie etwa gar Amerikas Stützpunkt-System in Mißkredit gebracht hätten.

★

Dennoch aber ist unverkennbar, daß die Überprüfung der Situation, in die man geraten ist oder sich hineinmanövriert hat, im Gange ist. Die amerikanische Politik tut das mit der naiven Respektlosigkeit vor dem zuschauenden Freund und Feind. Sie gesteht Eisenhowers Rede an die Nation wohl staatsmännische Abgewogenheit zu. Und ihre Wirkung vereinigt die aufgeregten Kritiker Eisenhowers zum erstmalig mit seinen nie wankend gewordenen Freunden. Doch im Außenpoli-

tischen Ausschuß des Senats war Außenminister Herter einer scharfen Durchleuchtung ausgesetzt. Was das durch Chruschtschow so schwer beleidigte amerikanische Volk überprüfen möchte, ist erstaunlicherweise die selbstkritische Frage, ob in der Moskauer Wendung gegen Amerika in der amerikanischen Politik liegende Ursachen verborgen sein könnten.

Schon nach Herters Analyse vor dem Senat aber zeigt sich, daß die amerikanische Politik Konsequenzen aus dem Druck auf Washington ziehen wird. Die Diskussion darüber, ob Eisenhower und Herter einige Anlässe für Chruschtschows Generalangriff mit ihren Erkundungsflügen und den zusätzlichen Erklärungen über ihre Notwendigkeit geliefert hätten, verabtet. Sie wird abgelöst durch die wachsende Erkenntnis, daß innersowjetische und innerkommunistische Entwicklungen den Ausfall Chruschtschows hervorgerufen hätten und dafür jeder Vorwand recht gewesen wäre. Herter macht sich auf Gefahren-Situationen in den nächsten Monaten gefaßt, die Amerikas Positionen direkt oder die seiner Freunde bedrohen könnten.

★

Das barbarische Benehmen des Herrn aus dem Krenl hat die Amerikaner sichtlich davon überzeugt, daß verhandeln mit den Sowjets nicht nur miteinander sprechen, sondern handeln bedeutet. Verhandlungen solcher Art sieht die amerikanische Politik von nun an erst sinnvoll an, wenn man dem Gesprächspartner mit imponierender Stärke gegenübersetzen kann. Bis dies soweit ist, kann eine Menge Zeit vergehen. Zeit, deren Begrenzung diesmal aber nicht Moskau oder die hinter ihm stehenden oder drängenden Satelliten, sondern Amerika bestimmen müßte. Es scheint, daß nicht nur das betroffene Amerika, sondern seine verbündeten Freunde daran denken, diese Zeit bis zu neuen Gesprächen als ihre Zeit zu nutzen. Aus England ist zu hören, daß sich unter dem Eindruck der sowjetischen Exzesse auch die Labour-Leute für eine konzentriertere Rüstung und eine größere Koordination mit den europäischen und atlantischen

Freunden einsetzen. Bei de Gaulles Frankreich setzt sich, soweit die algerische Dauerkrise nicht noch mehr Energien und Kräfte verzehrt, auch eine Bereitschaft durch, gegen einen harten Wind aus dem Osten mehr auf der Hut zu sein.

Der drohende Zeigefinger aus Moskau ist auf Amerika gerichtet. Wenn es die Absicht gewesen sein sollte, Amerikas Freunde und Verbündete zum Stillstehen oder gar zum kritischen Abrücken von den USA zu bringen, dann sieht sich Moskau schon kurz nach seinem Sturmangriff gestoppt.

★

Was sich jetzt in Grundzügen einer intensivierten Politik gegenüber der Sowjetunion abzeichnen beginnt, das — so finden viele politische Beobachter — gehört seit langem zu den politischen Grundsätzen Adenauers. Die „New York Times“ spricht eben davon, daß der deutsche Bundeskanzler der einzige unter den westlichen Politikern sei, der nun seine Politik nicht zu überprüfen braucht.

Ob dieses amerikanische Urteil ein Lob oder eine Erkenntnis sein soll, ist unwichtig. Von sekundärer Bedeutung ist es auch, ob jemandem nachgesagt wird, er habe mit seiner politischen Arbeit und seinen politischen Vorschlägen recht gehabt. Von größerem Wert für uns aber ist die Erkenntnis, daß der politische Verstand, dem wir durch unsere Wahlen immer wieder Vertrauen geschenkt haben, soviel Festigkeit, soviel Bestätigung gefunden hat.

Wenn uns nach so vielen Erfolgen im westlichen Feld das große politische Ziel, die Freiheit unserer Landsleute in der Zone, unerreicher geblieben ist, so wissen wir, daß dies zum wesentlichen an dem Partner liegt, mit dem wir es hierbei zu tun haben. Eben also an der Art von Politik, die man im Gespräch mit diesem Partner im Osten führen muß. Die Frucht, die aus der jetzt anlaufenden Überprüfung der westlichen Politik reifen könnte, wäre das Einverständnis aller westlichen Verbündeten darin, daß die westlichen Verhandlungspartner für Moskau morgen so geschlossen und so stark sein müssen wie nie zuvor.

Gemeinsam gegen Atheismus

Fruchtbares Gespräch zwischen den Konfessionen in Arnoldshain im Taunus

J. B. Arnoldshain (Eigenbericht). Es lag eine knisternde Spannung über dem großen Hörsaal der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Taunus, als der hessische Kirchenpräsident D. Martin Niemöller am zweiten Abend des — nun schon fünften — Evangelisch-Katholischen Publizistentreffens an das Rednerpult trat, um die Journalisten und Publizisten beider Konfessionen im Namen der hessischen Landeskirche zu begrüßen.

Am Abend vorher hatte an gleicher Stelle Erzbischof Dr. Lorenz Jäger aus Paderborn gestanden, und eigentlich hatte er in diesem Auditorium dem hessischen Kirchenpräsidenten begegnen sollen. Martin Niemöller hatte jedoch zur gleichen Stunde vor dem Deutschen Versöhnungsbund in Bremen gesprochen. Hatte er, so fragte mancher Publizist, dem Erzbischof ausweichen wollen? Man wußte von mancher scharfen Äußerung D. Niemöllers gegen die katholische Kirche — erst jüngst wieder in Amerika. Man kannte seine Unduldsamkeit und seine Neigung, ohne Rücksicht auf rechts oder links, oben oder unten, schwarz oder weiß, radikal seine Meinung zu sagen. Wie würde er sich gegenüber diesem gemischt-konfessionellen Auditorium verhalten? Würde es Feinlichkeiten geben?

Niemöllers Brückenschlag

Nun, die knisternde Spannung war schnell verflogen. Nicht nur, daß der Kirchenpräsident ehrlich bedauerte, an seiner unaufschiebbaren Verpflichtung dem Erzbischof nicht begegnet zu sein, — das Generalthema dieses interkonfessionellen Publizistengesprächs „Die Kirchen vor dem Atheismus“ wurde ihm darüber hinaus Anlaß, die Notwendigkeit gemeinsamen Nachdenkens über die Frage des Atheismus nachdrücklich zu betonen, so verschieden der Ansatzpunkt der beiden Konfessionen auch sein möge. Und als D. Niemöller am Schluß seines freimütigen, aber von gegenseitiger Achtung bestimmten Grußworts an die Gesprächspartner erinnerte, die er selbst im Konzentrationslager von Dachau mit katholischen Geistlichen oft genug gehabt hat, schien hier wirklich ein guter

Brückenschlag getan zu sein, den auch der Kirchenpräsident mit erfrischender Offenheit bejahte.

Von solcher Offenheit aber war das ganze dreitägige interkonfessionelle Gespräch beherrscht, das erneut die große Entspannung deutlich machte, die in den letzten vier Jahren — seit jener ersten Begegnung im Jahre 1956 in Hannover — in den publizistischen Äußerungen der beiden Konfessionen eingetreten ist. Jeder weiß, daß der Brückenschlag hinüber und herüber in der konfessionellen Verschiedenheit seine Grenzen hat, die niemand leugnet und die auch niemand in romantischer Schwärmerei auszuräumen sich für berufen hält. Aber die „Einheit in Christo“ ist da. Und diese Einheit stand auch über der Arnoldshainer Begegnung als unaufgebbares Motto. Wenn der hessische Oberkirchenrat D. Sucker seinen Informationsbericht über das evangelische konfessionskundliche Institut in Bensheim mit dem Wort schloß, es gelte, in der Liebe der Wahrheit zu dienen, so entsprach diese Aufforderung dem ehrlichen Bemühen, von dem dieser von Jahr zu Jahr größer werdende Kreis — aus dem knappen Dutzend, die 1956 im hannoverschen Ratskeller zusammensaßen, waren in Arnoldshain rund 150 Teilnehmer geworden — getragen wird.

„Entgleisungen“

Gerade die Berichte über die beiden großen konfessionskundlichen Institute — über das katholische Adam-Möhler-Institut sprach Dr. Brandenburg aus Paderborn — ließen erkennen, wie weit beide Konfessionen die Zeit des Kulturkampfes und des militanten Evangelischen

Bundes der Jahrhundertwende hinter sich gelassen haben. An die Stelle vordergründiger Polemik ist die ernsthafte theologische Auseinandersetzung, an die Stelle aus dem Protest lebender kämpferischer Publizistik die von Achtung getragene Meinungsäußerung getreten. Gewiß: es gibt auch heute noch „Entgleisungen“, Unebenheiten. Aber die schon 1957 in Loccum ins Leben gerufene „Feuerwehr“, die drohende Brände von vornherein eindämmen sollte, brauchte in all diesen Jahren kaum zu Hilfe gerufen zu werden.

Wie notwendig solche Zusammenarbeit gerade in unseren Tagen ist, zeigte sich in Arnoldshain vor allem an dem Atheismus-Thema. Manchem Publizisten wurde es in Arnoldshain allzu theologisch entfaltet. Aber wie tiefbegründet es die vier Referenten — auf katholischer Seite Pfarrer Klausener (Berlin) und Professor Dr. Hirschmann S. J., auf evangelischer Dr. Zahrt und Professor Dr. Müller-Schwefe — auch behandelten und wie differenziert die zahlreichen Diskussionsbeiträge auch waren, das eine wurde deutlich: hier ist eine große, gemeinsame Frontstellung der beiden Kirchen nicht nur notwendig, sondern in der Praxis auch schon vorhanden. Dabei ist der marxistisch-kommunistisch bestimmte Atheismus ebenso gemeint wie der Materialismus des Westens.

Die nächste gemeinsame Tagung — diesmal wieder auf katholischem Boden, in Walberberg — soll diesen Problemkreis nach der Frage „Kirche — Staat — Gesellschaft“ ausweiten. Es war niemand in Arnoldshain, der sich dieser neuen Initiative auf ein kritisches, aber fruchtbares Gespräch hin nicht gefreut hätte.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2

England überprüft Verteidigung

Übereinstimmung mit der Opposition: Die NATO muß gestärkt werden

G. K. London (Eigenbericht). Die unmittelbare Auswirkung des Pariser Gipfeltaschos auf die britische Politik ist ein Grad der Einigkeit und des Gleichklangs in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung, daß man zumindest in dieser Hinsicht sagen kann, Chruschtschows Drohungen haben genau die gegenteilige Wirkung gehabt.

Seit der Beerdigung des „Blue - Streak“ - Projektes und damit dem Begräbnis der letzten Hoffnungen von einer „unabhängigen britischen Abschreckungswaffe“ war die Debatte über die Verteidigung das Hauptthema sowohl bei der konservativen Regierungspartei wie der Arbeiteropposition und dem kleinen Häuflein der Liberalen. Vor allem bei Labour hatten die Auseinandersetzungen eine solch leidenschaftliche Heftigkeit angenommen, daß man erneut um den Weiterbestand der Partei fürchtete und bereits den Rücktritt des Parteiführers Hugh Gaitskell mit Sicherheit voraussagte.

Chruschtschows Pariser Auftritt hat dies alles mit einem Schlag geändert. Ohne es zu wollen, wurde der Kreml-Führer zum Retter nicht nur der britischen Opposition und ihres Führers, sondern bewirkte auch den Fortbestand der überparteilichen englischen Verteidigungspolitik.

Es wurde erstmals vor aller Welt zum Ausdruck gebracht, daß England sich nicht mehr unabhängig von anderen Staaten mit allen modernen Waffen verteidigen kann, daß es also aus den Reihen der großen Weltmächte freiwillig ausscheidet und die übergeordnete Rolle der beiden großen Giganten USA und UdSSR anerkennt.

Was ist nun die Konsequenz dieser Entscheidung, die von allen britischen Parteien heute — wenn auch aus verschiedenen Gründen — anerkannt wird und über deren Realisierung in den kommenden Tagen erbittert gerungen werden muß. Sie lautet bei Regierung und Opposition einhellig: Stärkung und Reorganisation des NATO-Bündnisses. Die Debatte wird nun ausschließlich darum gehen, wie diese Reorganisation zu erfolgen hat und welcher Art der

britische Verteidigungsbeitrag zu sein hat.

Nuklearer Verzicht

Wenn Verteidigungsminister Watkinson in einer Woche nach Washington fährt, wird er zu erkunden suchen, wie der von der Regierungspartei propagierte „unabhängige britische Beitrag zum Abschreckungspotential des Westens“ sich verwirklichen läßt. Nicht zuletzt von dem Ergebnis dieser Besprechungen wird es abhängen, ob jene britischen Kreise sich durchsetzen werden, die ein völliges Aufgehen des britischen Nuklearpotentials in einem europäischen Nuklearpotential befürworten.

Die Opposition von Labour und Liberalen geht noch einen Schritt weiter. Sie fordert von der Regierung eine freiwillige Selbstbeschränkung, indem sie allen nuklearen Waffen entsagt, diese ausschließlich dem amerikanischen Verteidigungspartner überläßt und sich gemeinsam mit den übrigen NATO-Partnern auf den Ausbau der konventionellen Waffen konzentriert. Der Führer der Arbeiterpartei, Hugh Gaitskell, hat, wie berichtet, am Wochenende in einer vielbeachteten Rede gegen die in den Reihen seiner Partei und der Gewerkschaften so lautstark gewordenen „Pazifisten, Neutralisten und einseitigen Abrüster“ Stellung genommen.

Auch Gaitskell

Und Mr. Gaitskell verlangte ebenso wie der liberale Parteiführer Grimond und wie die konservative Partei und Regierung eine Stärkung des westlichen Verteidigungsbündnisses. Die Forderung nach engerer Zusammenarbeit der NATO-Mächte auf dem Gebiet der Politik, der Verteidigung und Wirtschaft ist das in diesen Tagen in England am meisten

gehörte Schlagwort. Allerdings erfährt es auf der Seite der Opposition eine nicht unbedeutende Akzentverschiebung.

Mit der Stärkung der NATO meint die britische Opposition vor allem eine stärkere Kontrolle. Gaitskell sprach offen aus, daß es auf die Dauer untragbar sei, wenn ein General und nicht die Regierungen Bündnispartner die letzte Entscheidung über den Einsatz von Nuklearwaffen haben. Gaitskell will die Stärkung des Ständigen NATO-Rates erreichen durch die Entsendung von Kabinettsmitgliedern, die in ständiger telefonischer Verbindung mit ihren Regierungschefs stehen. Mit sehr viel mehr Sympathie als bisher begegnet London jetzt auch dem Vorschlag Präsident de Gaulles zur Einsetzung eines aus den USA, Großbritannien und Frankreich bestehenden politischen Direktors der NATO.

Bereitsein ist alles

Noch entscheidender allerdings ist die Frage der Verteidigungskonzeption. Ein vom Verteidigungssprecher der Arbeiterpartei eingebrachter Vorschlag einer gemeinsamen Abschreckungswaffe Englands und seiner europäischen Verbündeten wurde schnell wieder fallengelassen, weil das eine Aufnahme der Bundesrepublik in einen westeuropäischen Atomklub bedeuten würde. Die britische Opposition, und das heißt die Arbeiterpartei und die Liberalen, propagieren jetzt eine Zweiteilung der NATO-Aufgaben. Danach soll die Abschreckungswaffe allein und ausschließlich in den Händen der Amerikaner liegen, während die europäischen NATO-Partner mit der Bereitstellung der konventionellen Waffen und Streitkräfte beauftragt werden. Die englische Opposition ist sogar bereit zu einer beträchtlichen Ausdehnung und Vermehrung der konventionellen Streitkräfte, einem wesentlich höheren britischen NATO-Beitrag, zu dessen Erlangung sie sogar mit der Beibehaltung der Wehrpflicht einverstanden wäre.

Ein Lichtblick

DT. In den leidigen Ost-West-Verhandlungen, die seit 1955 von den kommunistischen Funktionären der Sowjetzone nur dazu benutzt werden, für ihren sogenannten „zweiten deutschen Staat“ Propaganda zu machen und mit allen Mitteln der Heuchelei und Verdrehung gegen den gesamtdeutschen Sport zu arbeiten, gibt es wieder einmal einen Lichtblick.

Der Internationale Handballverband hat für die Frauenweltmeisterschaft 1960 entschieden, daß eine gesamtdeutsche Mannschaft aus Spielerinnen beider Teile Deutschlands anzutreten hat. Die Kommunisten haben erneut eine Ablehnung ihrer separatistischen Sportpolitik erlebt.

Diese Tatsache ist eine Frucht der konsequenten Haltung des Deutschen Handball-Bundes, der als einer der wenigen Verbände in der Bundesrepublik eine Führung hat, die weiß, wie man sich zu den Kommunisten einstellen muß. Die Entscheidung des Internationalen Handballverbandes für die Aufstellung einer wirklich gesamtdeutschen Mannschaft sollte auch von den anderen Verbänden beachtet werden. Die Zone versucht immer, das Wort „gesamtdeutsch“ so auszulegen, daß man darunter nur versteht, daß jeder Teil Deutschlands eine Chance erhält, um eventuell gesondert

SPD läßt SDS fallen

Bonn (dpa). Die SPD hat sich hinter den neugegründeten sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) gestellt. Der Parteivorstand ließ erklären, er würde es begrüßen, wenn sich die Mitglieder der SPD, an den Hochschulen und Universitäten im sozialdemokratischen Hochschulbund vereinen könnten. Damit hat die SPD gleichzeitig den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) indirekt fallenlassen. In dem von den Parteiführungsgremien gebilligten Beschluß heißt es, der Vorstand habe die eindeutige Haltung des SHB zum Godesberger Programm und die scharfe Abgrenzung zum Totalitarismus und Kommunismus anerkannt.

in die internationalen Konkurrenzen zu gehen.

Das Internationale Olympische Komitee, der Internationale Ruderverband, der Internationale Handballverband und der Internationale Leichtathletikverband erkennen die Zonenvertretung nicht als selbständige Mannschaft an, sondern geben ihr nur Starterlaubnis als Bestandteil einer gesamtdeutschen Vertretung. Nur durch die gleichgültige Politik einiger Verbände, darunter an der Spitze der Deutsche Fußball-

Bund, hat der Zonensport überhaupt an Boden gewinnen können.

Die Entscheidung des Internationalen Handballverbandes sollte man jetzt immer dort anführen, wo man geneigt ist, den Verdrehungen der Kommunisten Gehör zu schenken. Es stünde viel besser um die gesamtdeutsche Sache, wenn die Verbände der Bundesrepublik nicht oft mit unbegreiflicher Gleichgültigkeit verhandelten und sich dabei einwickeln ließen.

Eisenhower: UNO-Kontrollsystem

Zum Schutz gegen Überraschungsangriffe — Pariser Folgen

Washington (UPI). Präsident Eisenhower hat sich für ein Kontrollsystem der Vereinten Nationen gegen Überraschungsangriffe ausgesprochen, dem die Vereinigten Staaten ihre Erkundungsflugzeuge einschließlich der berühmten gewordenen „U-2“ zur Verfügung stellen würden.

Der amerikanische Präsident behandelte in seiner halbstündigen Ansprache drei Hauptthemen: Den Grund für den Flug des U-2-Erkundungsflugzeuges über der Sowjetunion am 1. Mai, die Ereignisse auf der Gipfelkonferenz und Chruschtschows Weigerung zu verhandeln und schließlich die Hoffnungen und Ziele der Vereinigten Staaten in der kommenden Zeit.

Eisenhower äußerte seine Überraschung darüber, daß die Sowjetunion über den amerikanischen Erkundungsflug vom 1. Mai „so viel Aufhebungs“ gemacht habe. Als Chruschtschow die Gipfelkonferenz torpedierte, fuhr der Präsident fort, habe er so getan, als ob er in großer moralischer Entrüstung über die angeblichen amerikanischen Aggressionsakte handele. „Er hat aber schon lange von diesen Flügen gewußt. Es ist offensichtlich, daß die Sowjets schon vor der Abreise ihrer Delegation aus Moskau beschlossen hatten, daß meine Reise in die Sowjetunion abgesagt werden sollte und daß von ihrem Standpunkt aus die Gipfelkonferenz nichts Konstruktives ergeben würde.“

Im vergangenen Sommer und Herbst, fuhr Eisenhower fort, habe sich die Möglichkeit ent-

wickelt, daß die sowjetischen Führer zumindest zu ernstesten Gesprächen über die dringlichsten Weltprobleme bereit sein könnten: die Abrüstung, gegenseitige Inspektionen, die Atomkontrolle und Deutschland einschließlich Berlin. „Natürlich hatten wir keine Ahnung davon oder den Gedanken daran“, sagte der Präsident, „daß die grundsätzliche sowjetische Politik eine Kehrtwendung vollzogen hatte. Aber wenn es auch nur die kleinste Chance zur Stärkung des Friedens gibt, kann es keine höhere Verpflichtung geben, als sie auszunutzen.“

Furcht vor christlicher Front

Berlin (dpa). Die in letzter Zeit von Sprechern der Kirchen und auch von Politikern der westlichen Welt verstärkt hervorgehobene Notwendigkeit, gegenüber dem atheistischen SED-Regime fest zum Christentum zu stehen, hat anscheinend in der Bevölkerung der Sowjetzone ein deutliches Echo gefunden. Der Generalsekretär der Sowjetzonen-CDU, Götting, sah sich jetzt auf einer Parteikonferenz in Halle veranlaßt, darauf einzugehen. Wie die Ostberliner „Neue Zeit“ meldet, versuchte Götting die Bevölkerung Mitteldeutschlands von dem Kampf der SED gegen die Kirchen mit der Parole abzulenken, die „entscheidende Frage“ laute vielmehr: „Bist du für den Krieg oder bist du für den Frieden?“ Götting sprach bei dieser Gelegenheit von einem „verschärften Kriegskurs Adenauers nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz“.

50 000 kamen

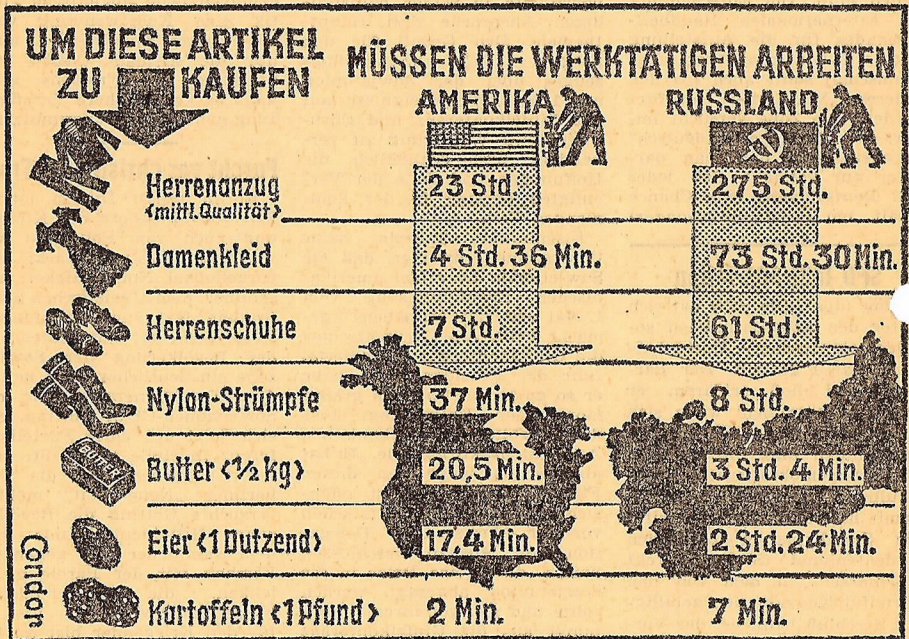
DT. Am 23. Mai ist im Notaufnahmelager Berlin - Marienfelde der 50 000. Flüchtling registriert worden. 1959 wurde diese Zahl erst zwei Monate später, am 24. Juli, erreicht. Ein trauriger Rekord, der das Leid der Menschen in Mitteleuropa widerspiegelt, die mit ihrer Selbständigkeit die Existenzgrundlage verloren haben. Die von Bundesminister Lemmer schon vor Wochen geäußerte Befürchtung, daß die Flucht der Landbevölkerung noch lange nicht zum Stillstand gekommen sei, wird durch diese Zahlen erhärtet. Neben den Bauern sind es die Handwerker, die mehr und mehr die Konsequenz aus dem Verlust ihrer Selbständigkeit ziehen. Zwar hat die SED in Erkenntnis weiteren Substanzverlustes der Zonenwirtschaft vor einer ähnlich rigorosen Sozialisierungs-

kampagne wie auf dem Lande gewarnt, aber das hindert fanatische Funktionäre der unteren Parteiebene nicht, mit neuen Erfolgsmeldungen ihre Tüchtigkeit und Linientreue zu beweisen.

Von diesem verstärkten Druck sind besonders die Handwerker auf dem Lande heimgesucht, denn in den sogenannten LPG ist nach der SED-Theorie kein Platz mehr für selbständige Handwerker, wie Schmiede, Kfz-Schlosser, Zimmerleute und Maurer. Auch das Baugewerbe in den Klein- und Mittelstädten wird zum Eintritt in die sogenannte PGH (Produktionsgenossenschaften des Handwerks) gedrängt. Nicht minder stark ist der Druck auf die Inhaber von Reparaturwerkstätten, sogenannte Stadtwerkstätten der Stadtverwaltungen zu gründen. Alle diese Maßnahmen sind Vorläufer einer kommenden restlosen Enteignung. Eine Weigerung, der-

artige Verträge abzuschließen, führt zunächst zu verminderter Rohstofflieferung, die eines Tages völlig aufhört, wenn die SED die Zeit für gekommen hält, den Betrieb zu enteignen.

Die Berliner Handwerkskammer hat sich bei der ersten Fluchtwelle ihrer mitteldeutschen Kollegen an sämtliche Innungen gewandt, den Flüchtlingen die Grundlage für eine neue Existenz zu schaffen. Es ist zu hoffen, daß der Appell überall offenes Gehör findet und daß auch in der Bundesrepublik entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Die neuentstehenden Stadttransiedlungen schaffen ein weites Betätigungsfeld, nur muß in die Bauplanung rechtzeitig auch die Ansiedlung von Handwerkern vorgesehen werden. Damit wäre auch der Bevölkerung ein guter Dienst erwiesen, die heute schon über das Fehlen von Handwerkern in den Vororten klagt.



Wie groß noch immer der Abstand zwischen dem Lebensstandard des amerikanischen und des sowjetrussischen Arbeiters ist, zeigen die Zahlen des Schaubilds, die einer Untersuchung des amerikanischen Arbeitsministeriums entnommen sind.

Zonen-Touristen in Trelleborg

An Bord der „Saßnitz“ nach Schweden — Von politischer Polizei begleitet

GD. Stockholm (Eigenbericht). Seit dem 1. Mai dürfen deutsche Touristen aus der Sowjetzone, neuen schwedischen paßgesetzlichen Bestimmungen zufolge, von Bord des zonalen Fährschiffes „Saßnitz“ in der schwedischen Hafenstadt 12 Stunden lang an Land gehen. Die neuen Bestimmungen sind eine Art Tourkutsche im Zeichen touristischer Flirts zwischen Schweden und der Zonenrepublik. Schwedischen Touristen ist nämlich ein solcher befristeter Eintagsaufenthalt bereits seit einiger Zeit sowohl in Saßnitz wie in Stralsund gestattet. Das neue „DDR“-Reisebüro in Stockholm macht sogar Reklame für Urlaubsreisen nach der Insel Rügen!

„Absprünge“

Dem neuen Zustand in Trelleborg mit Ausflüglern aus der Zone hat man zunächst mit etwas gemischten Gefühlen entgegengesehen. Trotz scharfer Bewachung der Touristen durch politische Polizei an Bord der „Saßnitz“ ist es bekanntlich zu ein paar dramatischen „Absprünge“ in Trelleborg gekommen.

Die schwedischen Behörden sind, milde ausgedrückt, erfreut darüber, daß die Neuordnung seit dem 1. Mai mit einem völlig legalen Touristenstrom aus der Zone, der täglich in Trelleborg ausschwärmt, jedenfalls bisher zu keinerlei mißliebigen Konsequenzen geführt hat. Eine Flüchtlingswelle aus der Zone nach Schweden, die möglicherweise infolge des neuen Touristenstroms befürchtet wurde, kann jedenfalls bisher nicht konstatiert werden. Natürlich rechnet man damit, daß die deutschen Touristen, die die Zone zu einem Ausflug mit der „Saßnitz“ nach Trelleborg verlassen dürfen, sorgfältig gesiebt und kontrolliert werden, bevor die Pankower Behörden sie für einen Tag in die goldene Freiheit entlassen.

80 täglich

Etwa 80 solcher Touristen kommen jetzt täglich, genauer gesagt: meist nur für ein paar

noch recht kurze Abendstunden nach Südschweden. Man kann zwar auch schon morgens gegen 1/9 Uhr in Trelleborg eintreffen, es hat sich aber herausgestellt — und offenbar bei den deutschen Touristen herumgesprochen —, daß es auch in dem hübschen südschwedischen Hafenstädtchen (nur etwas über 18 000 Einwohner) langweilig sein kann, wenn man einen ganzen Tag ohne rechtes Ziel

Adenauer in Italien

Cadenabbia (Eigenmeldung/dpa). Bundeskanzler Adenauer ist zu einem mehrwöchigen Erholungsurlaub in Cadenabbia am Comer See eingetroffen. Nach seiner Landung auf dem Flugplatz von Mailand sagte er, die Tatsache, daß er seine Ferien zu diesem Zeitpunkt nehme, sei der beste Beweis dafür, „daß wir uns in einer Periode der politischen Ruhe befinden“.

Am Tage der Abreise des Bundeskanzlers wurde in Bonn bekannt, daß Bundespräsident Lübke und Adenauer den französischen Staatschef de Gaulle zu einem Besuch nach Bonn eingeladen haben.

zur Verfügung hat. Bisher gilt die schwedische Aufenthaltserlaubnis nämlich nur strikt für das Stadtgebiet, doch möglicherweise wird man im Interesse des gegenseitigen Fremdenverkehrs diese Erlaubnis dahingehend erweitern, daß Rundfahrten mit Sight-seeing-Bussen auch in die nähere Umgebung von Schonen gemacht werden dürfen. Im übrigen nehmen sich die deutschsprachigen Guides als Delegierte der schwedischen Fremdenverkehrsvereine der neuen deutschen Touristen aus der Zone zuvorkommend an. Im übrigen müssen diese Zonen-

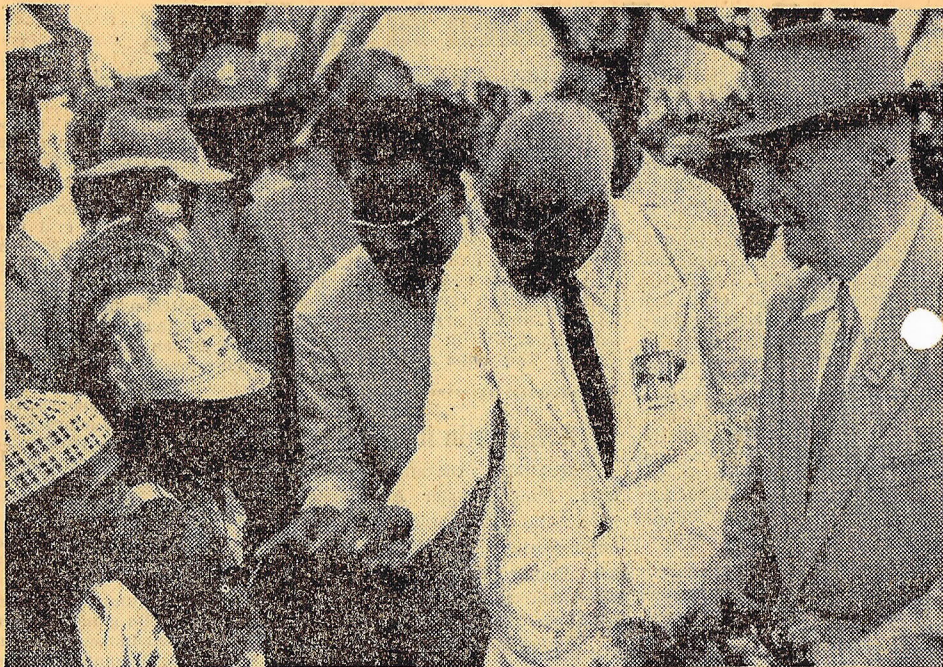
touristen ja mit ihrem spärlichen Kapital haushalten, da ihre Valuta sich auf 25 Schwedenkronen (20 DM) beschränkt.

Die meisten von ihnen kommen also, wie gesagt, erst mit der Abendfähre um 19,30 Uhr in Trelleborg an und haben dann nur vier Stunden Zeit, sich im Städtchen umzutun. Die nunmehr schon langen hellen Abende tragen dazu bei, daß noch eine ganze Menge gesehen und genossen werden kann. Allerdings sind die Chancen für Shopping, ja nach Ladenschluß minimal, nur einige Kioske — und Automaten, teils mit Süßigkeiten oder Zigaretten, teils mit Damenstrümpfen gefüllt, stehen zur Verfügung. Die letztgenannten Automatengeschäfte werden besonders fleißig getätigt, das haben die Einzelhändler in Strumpfwaren in Trelleborg bereits gemerkt. Für 4 bis 8 Schwedenkronen, etwa 3 bis 6,50 DM, bekommt man je nach Qualität hier ein Paar Strümpfe. Trellebörgs Geschäftsleute haben sich übrigens auf die neue Kundenschaft eingestellt — deutschsprachige Schilder in den Schaufenstern locken zur Besichtigung.

Kurze Freiheit

Familien und Gruppen von „Werkstätigen“, um in der Sprache der Zone zu reden, sind es bisher hauptsächlich, die von der neuen Möglichkeit eines Eintags- oder Abendbesuches in Südschweden Gebrauch machen, verraten einem die Herren von der schwedischen Paßkontrolle. Die Bevölkerung von Trelleborg, die nun rasch ihren deutschen Volkelschatz vermehrt, gönnt den neuen Touristen ein paar Stunden der Ausspannung am Strande der Neutralität.

Zurück an Bord der „Saßnitz“, werden sie dafür dann gleich wieder unsanft aus ihrem Escapismus gerissen. Auf blutrotem Grund verkündet ein Spruchband im Speisesaal folgende tiefsinnige, äußerst dialektische Parole: „Pünktlicher, sicherer Verkehr unserer ‚Saßnitz‘ — Ein Schlag gegen die Kriegstreiber in Bonn!“



BILDER DER WOCHE. Oben: Ein togolesischer Stammeshäuptling mit einem alten deutschen Kürassier-Helm als Häuptlingskrone begrüßt den letzten deutschen Militär-gouverneur in Togo, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg. — Unten: Mit gesenkten Köpfen gedachten weit über 50 000 südkoreanische Studenten in einem Gottesdienst in Seoul ihrer bei den Unruhen getöteten Kommilitonen.

